Gerd Heinrich

Die ‚Freien Herren‘ und das Land

Markgrafenherrschaft und landständische Einflußnahme in Brandenburg während des Spätmittelalters

I. Zum Forschungsstand

Wer den „Ständen“ im Spätmittelalter nachspürt – jedenfalls in der Mark Brandenburg¹, gerät bald in Zeitabschnitte ohne festen Quellenuntergrund und mit mehr neuzeitlichen als mittelalterlichen Terminologien, Bewertungskriterien und Generalisierungsversuchen. In den Handbüchern gibt es ein fest erscheinendes Lehrgebäude, staatsorientiert, an Preußen insgesamt ausgerichtet, mit dem Ideal zentralistischer, die Staatsherrschaft begünstigender Prozesse und Komponenten. Die Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte huldigt, gleichsam aus ihrem Wesen heraus, insgeheim oder offen der Effizienz, der präzisen Regel in Recht und Verwaltung. Geschichte, genagelt auf den Leisten eines stetigen „Fortschritts“, dessen Problematik erst später entdeckt werden sollte.

Ein ausgewogen argumentierender, aber von dem Paradigma Brandenburg-Preußens fast ebenso stark wie Otto Hintze geprägter renommierter Verfassungshistoriker

¹ Eine zusammenfassende Untersuchung aus jüngerer Zeit fehlt. Insofern unersetzlich, aber in manchen Punkten zeitgebunden und anfechtbar: *Hans Spangenberg*, Vom Lehnstaat zum Ständestaat (München 1912) 154–158; im folgenden zitiert: *Spangenberg*, Lehnstaat. – *Ders.*, Hof- und Zentralverwaltung in der Mark Brandenburg (Leipzig 1908) 95 ff.; im folgenden zitiert: *Spangenberg*, Hof- und Zentralverwaltung. – Zuletzt: *Herbert Helbig*, Königtum und Ständeversammlungen in Deutschland am Ende des Mittelalters (*Anciens pays et assemblées d'Etats* 24, 1962). – *Ders.*, Fürstentum und Landstände im Westen des Reiches im Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit, in: *Rheinische Vierteljahrsblätter* 29 (1964). – Besser erforscht ist die Entwicklung der Stände im 16. und 17. Jahrhundert. Maßgebend: *Martin Haß*, Die landständische Verfassung und Verwaltung in der Kurmark Brandenburg während der Regierung des Kurfürsten Johann Georg (1571–1598) (Berlin 1905) 10 ff. – *Walther Schotte*, Fürstentum und Stände in der Mark Brandenburg unter der Regierung Joachims I. (Leipzig 1911) 7 ff. – *Bernhard Landmesser*, Die Stände der Mark Brandenburg unter Joachim II. (Borna-Leipzig 1929) 3 ff. – *Peter Baumgart*, Zur Geschichte der kurmärkischen Stände im 17. und 18. Jahrhundert, in: *Dietrich Gerhard* (Hrsg.), Ständische Vertretungen in Europa im 17. und 18. Jahrhundert (Göttingen 1969) 131 ff. – *Peter Michael Hahn*, Landesstaat und Ständetum im Kurfürstentum Brandenburg während des 16. und 17. Jahrhunderts, in: *Peter Baumgart* (Hrsg.), Ständetum und Staatsbildung in Brandenburg-Preußen (Berlin 1983) 41–79; im folgenden zitiert: *Baumgart*, Ständetum.

wie Fritz Hartung² beurteilt, wohl nicht zuletzt auch unter dem Eindruck der Rittergutswirtschaft des 18. und 19. Jahrhunderts, in seinem Hauptwerk die Bedeutung der Stände als „mehr negativ als positiv“, obwohl das aus den Quellen gearbeitete Werk von Hans Spangenberg über die brandenburgischen Stände des Spätmittelalters bereits 1908 erschienen war. Sie hätten nichts Neues geschaffen. Es hätte ihnen in der Regel genügt, wenn sie keine Steuern zu zahlen brauchten, wenn die Beamten des Landesherrn sich nicht in ihre Gebiete eindringen durften, überhaupt fest verpflichtet wurden, die Freiheiten des Landes zu beachten; auch das gelegentlich erlangte Recht zum Widerstand gegen jede Verletzung der Landesfreiheiten durch den Landesherrn ginge darüber nicht hinaus. Selbst da, wo die Stände höhere Forderungen erhoben und durch Präsentation fürstlicher Räte oder sonst Anteil an der Regierung erstrebten, bliebe ihr Ziel mehr negativ als positiv. Was aber bedeutet, so ist zu fragen, in der Zeit und im Rückblick „positiv“ und was „negativ“? Hier und nicht nur bei Hartung wird im Grunde jede offene Einrede in das Regiment als etwas nur von Fall zu Fall Zulässiges, als eine den geraden Weg zum „frühmodernen Staat“ behindernde Komponente gewertet. Hartung, wohl eher späterer fränkischer Quellen eingedenk, fährt im Einklang mit der älteren Forschungsliteratur fort, wenschnon diese modifizierend: „Sie (sc. die Stände) wollten den Landesherrn beschränken, ihn an Maßregeln verhindern, die das eigene Interesse schädigen könnten; deshalb beanspruchten sie, vor dem Abschluß von Bündnissen (!) und vor der Erklärung von Kriegen gefragt zu werden.“ Ist das zuviel verlangt, fragen wir, zumal wenn der spätmittelalterliche Landesfürst in der Regel kein Cäsar war? Der Verfassungshistoriker beendet den Abschnitt mit einem Satz, den nur ein Neuzeithistoriker älterer Schule so allgemein und scheinbar überzeugend formulieren konnte: „An eine ständige Beeinflussung der Regierung dachten sie nicht; sie standen durchaus auf dem Boden der mittelalterlichen Autonomie.“ Eine „ständige“ Beeinflussung der „Regierung“, der Landesherrschaft durch die „Stände“ insgesamt war realiter im Hoch- und Spätmittelalter unmittelbar kaum möglich, ist in mittelbaren Formen aber durchaus vorstellbar und ist von Fall zu Fall durch die Räte mit größerem Familienanhang, durch die Hof- und Landgerichte und etwas später auch durch Sprecher der Hauptorte praktiziert worden. Wir übergehen die Frage, was mit „mittelalterlicher Autonomie“ gemeint sein könnte, und wenden uns unter Über-

² Fritz Hartung, *Deutsche Verfassungsgeschichte* (Stuttgart 1969) 53 ff., 55. Hartung möchte für das 14. Jahrhundert „von dem Vorhandensein eines Ständestaats in dieser Zeit noch nicht sprechen. Es haben sich Elemente des Ständestaats damals gebildet, aber zu einer landständischen Verfassung, die nach F. Rachfahls zutreffender Definition ein ‚dauerndes Verfassungsinstitut zur Vertretung des Landes‘ darstellt, haben sie sich noch nicht zusammengefügt ... gerade da, wo es wie in der Mark Brandenburg lange Zeit an einer starken oder auch nur allgemein anerkannten fürstlichen Gewalt fehlte, versagten auch die Stände.“ In diesem Urteil ist zuviel modernes Effizienz-Denken enthalten. Die Definition Rachfahls hingegen ist einseitig von der Verfassungssituation und der reichen Quellenlage des 16. Jahrhunderts geprägt. Der Mangel an Quellen berechtigt grundsätzlich nicht zu dem Urteil, daß der brandenburgischen Landesherrschaft im 14. und 15. Jahrhundert nicht mehr oder minder regelmäßig ständische Vertretungen gegenüberstanden haben.

gehung der jüngeren, Hartung z.T. verpflichteten Handbuchliteratur³ den Realitäten der Quellen zu.

II. Die Uneinheitlichkeit der Landesverfassung

Eine Art von „Theorie“, ein Modell der Beziehungen zwischen Markgrafenherrschaft und den Sachwaltern ständischer Interessen für die Zeit seit ca. 1220 bzw. 1250 zu entwickeln, ist nicht möglich. Der geschichtliche Zufall in allen seinen Spielarten durchkreuzt ein solches Unterfangen. Dazu kommt ein zweites Moment. Entgegen gelegentlich geäußelter Meinung ist die Landesverfassung in einem werdenden Territorium des nordostdeutschen Markengebietes durchaus uneinheitlich, weil es sich um ein weit auseinandergezogenes Konglomerat von verfassungsmäßig bereits im 12. und frühen 13. Jahrhundert durch Siedlungs- und Herrschaftsbildung präfigurierten Gebieten handelt, deren vollständige Angleichung weder in der späteren Askanierzeit noch unter Wittelsbachern oder gar Luxemburgern gelungen ist, – trotz einiger Ansätze⁴. Je mehr Landesteile, desto mehr ständische Kleinbezirke mit Sonderrechten und Sonderwünschen, desto notwendiger auch die Einberufung von „Tagen“ („placita“) bei Hofe, das heißt in der Reise-Residenz oder an einem alteingeführten, durch Geschichte, Erbrecht oder Mythos legitimierten festen Ort (Brandenburg an der Havel). Die Zahl der Mitspracheberechtigten, bei den frühen Land- und Kriegssteuerverhandlungen, mußte notwendigerweise zunehmen, je mehr die Rechtstitel an Landbesitz und sonstigen Einkommensquellen aufgeteilt wurden. Dies gehört zu den normalen Vorgängen des Spätmittelalters im mittel- und ostdeutschen Mitteleuropa.

Ein dritter wesentlicher, nun schon unmittelbar mit den Anfängen der ständischen Entwicklung zusammenhängender Punkt ist darin zu erblicken, daß nach wenigen Jahrzehnten der Herrschaftsbildung, ja eigentlich während der Herrschaftsbildung „große“ Familien mit Führungspositionen anzutreffen sind; die teilweise konformen (Landesausbau), teilweise gegensätzlichen Interessen von „Land und Herrschaft“ gingen hier in den früh bezeugten „viri prudentes, discreti, sapientes“ eine Verbindung ein, die einem von jüngeren Zuständen geprägten Verfassungsdenken schwer verständlich bleiben muß. Denn die „consilarii“, deren Zustimmung in Markgrafen-Urkunden wiederholt erwähnt wird, waren in doppelter Funktion tätig: Der Markgraf sicherte sich die Mitwirkung „ständischer“ Landesvertreter durch Entgelt-Verträge oder andere Gratifikationen, – das Verfahren war für beide Teile, „Land und Herr-

³ Karl Bosl, Staat, Gesellschaft, Wirtschaft im deutschen Spätmittelalter (*Gebhardt*, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 1, 1970) 825 ff. (827: „eine Art landständische Verfassung“).

⁴ Walter Schlesinger, Zur Geschichte der Landesherrschaft in den Marken Brandenburg und Meißens während des 14. Jahrhunderts, in: Der deutsche Territorialstaat im 14. Jahrhundert 2 (1971 = Vorträge und Forschungen 14) 101–126. – Hans K. Schulze, Territorienbildung und soziale Strukturen in der Mark Brandenburg im hohen Mittelalter, in: Josef Fleckenstein (Hrsg.), Herrschaft und Stand. Untersuchungen zur Sozialgeschichte im 13. Jahrhundert (Göttingen 1977) 254–276. – Herbert Helbig, Der wettinische Ständestaat (Köln, Wien 1955 (1980)) 388 ff.

schaft“, probat und zumindest zeitweise von Nutzen⁵. Im übrigen ist die Funktionskumulation, modifiziert, nicht nur ein Charakteristikum des „Nachmittelalters“; sie wurde bis in die Zeiten des aufgeklärten Absolutismus hinein und fernerhin geübt.

Es geht mithin nicht an, die „ständische Entwicklung“ in Brandenburg oder in den Nachbarterritorien davon chronologisch abhängig zu machen, von wann an ständische Vereinigungen in den uns aus frühneuzeitlichen Quellen geläufigen Formen zu beobachten sind⁶. In der Verfassungswirklichkeit ist eine potente und nachdrückliche Vertretung von Landes- oder Regionalinteressen durch sozialständisch homogene oder auch inhomogene Vertretergruppen bereits im 13. Jahrhundert auszumachen⁷. Mithin ist die These aufzustellen: Je größer eine Landesherrschaft war und wurde, desto dringlicher wurde es für den Landesherrn, ständische Einflußnahme und Organisationsformen zu dulden, hinzunehmen oder in bestimmten politischen Situationen sogar zu begünstigen. Die Rückkoppelung mit dem Land erforderte eine differenziertere Organisation, – der Machtfaktor „Land“ konnte wachsen, wuchs in der Regel infolge von Besitzverdichtungen und Differenzierungen; der Machtfaktor „Fürst“ mit seinen Kräften des Zugriffs und der Mobilität blieb sich – wohl anders als im „Ordensland“ – im wesentlichen bis zum Ausgang des 15. Jahrhunderts und mit einigen Wandlungen vielerorts sogar bis in das letzte Drittel des 17. Jahrhunderts gleich.

III. Grundzüge der Entwicklung

Die Grundzüge der Entwicklung lassen sich mit einigen markanten Beispielen und Quantifizierungen belegen. Überblickt man den Prozeß bis zum frühen 17. Jahrhundert, so sind drei größere Perioden zu erkennen. Unumschränkte Herrschaft des Landesfürsten, gleichsam nach Art moderner Ein-Mann-Diktaturen, hat es in Brandenburg nicht gegeben. Die erste Periode der Askanierzeit und auch der Herrschaft der Wittelsbacher etwa bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts läßt sich als frühständisch, adelsständisch und hofständisch bezeichnen. Die nachfolgende Periode mit allgemeiner und regionaler Unsicherheit in Brandenburg, mit den die Einheit des Landes wiederholt gefährdenden Kämpfen der reichspolitisch verpflichteten Dynastien (Luxemburger gegen Wittelsbacher, Zeit des „Falschen Waldemar“, später „Quitowzeit“) führte zu einer schärferen Ausprägung des Landesbewußtseins, auch des Gegensatzes zu den landfremden Herrschern, insbesondere zu Karl IV. mit seinen Eingriffen und Übergriffen⁸. Es ist die Zeit der Herausbildung und ersten Differenzierung der Landstände, geistlich und ländlich-städtisch; die Unzuverlässigkeit und die Risiken dynastischer Politik, dynastischen Ehrgeizes und dynastischer Unberechenbarkeit werden

⁵ *Spangenberg*, Hof- und Zentralverwaltung (wie Anm. 1) 101 ff.

⁶ So bei *Spangenberg*, Lehnstaat (wie Anm. 1) 154.

⁷ Die bislang nicht hinreichend ausgeforschten Zeugenlisten der älteren Markgrafenurkunden geben dafür zahlreiche Hinweise oder Indizien: *Krabbo-Winter*, Regesten der Markgrafen von Brandenburg aus askanischem Hause (Berlin 1910–1955) Nr. 545, 546, 550 („familiales“ als Räte), 581 (1225), 1838.

⁸ *Gerd Heinrich*, Kaiser Karl IV. und die Mark Brandenburg, in: *Hans Patze* (Hrsg.), *Kaiser Karl IV. 1316–1378* (Neustadt/Aisch 1978) 407–432.

anhand nachweisbarer bitterer Erfahrungen ein Teil des „ständischen“ Bewußtseins, das von Generation zu Generation weitergegeben wird. Das Selbstgefühl der an der ständischen Arbeit vorrangig Beteiligten wuchs, aber auch der Zwang, sich der Wohlfahrt des Landes zu versichern. Das heißt: regelmäßig (wenngleich noch nicht periodisch) begabte und wirtschaftlich gesicherte oder freigestellte Vertreter für Interessenwahrung und Aufsicht über die Hauptsachen der Landespolitik zu entsenden. Diese Phase reichte bis in das späte 15. Jahrhundert, bis zu den ersten Anfängen der „frühmodernen Staatsbildung“. Dem schließt sich, mit Übergängen, die ständebürokratische bzw. ständeherrschaftliche („dualistische“) Periode an, die man mißverständlich als Phase der Ausformung eines „Ständestaates“ bezeichnet hat.

In der ersten Phase wirkten die regionalständischen Vertreter bereits an wesentlichen Herrschaftsakten der Markgrafen mit. Die Zustimmung des Adels bei Herrschaftsakten ist früh bezeugt. Schon auf dem „botting“ des Markgrafen Albrecht 1170 in Havelberg erscheinen zusammengerufene „Barone“ und die sonstigen führenden Adligen („Primaten“) als Ratgeber, wenn nicht sogar als Zustimmungsberechtigte⁹. Auch bei der folgenlos gebliebenen, aber in feierlichen Formen vorgenommenen Übertragung der askanischen Allode 1196 zugunsten des Erzbischofs von Magdeburg ist ein großer „Umstand“ von Edlen und faktisch freien Ministerialen bezeugt, die hier wohl nicht nur als normale Urkundenzeugen, vielmehr multifunktional als Landeingesessene, als Doppelvasallen und Bürgen erscheinen¹⁰. Es ist anzunehmen, daß es 1196 auch um Finanzierungs- und Besteuerungsprobleme ging, Aufrechnung von Zehntansprüchen, Vogtgeldern, Investitionskosten der Siedlung im „ducatus transalpinus“ der Erzbischöfe mit seiner vergleichsweise stärker entwickelten Verfassungsstruktur. Notlagen der Dynastie, große Herrschaftsverpfändungen begünstigen, ja begründen den ständischen Prozeß, wenschon noch ohne erkennbare Mitsprache der größeren Städte. Das zeitlos vorhandene Mitsprachebedürfnis der menschlichen Natur artikuliert sich auf solchen Tagen, und es wird dort sozialständisch immer erneut hierarchisiert.

Man gewinnt für die Folgezeit den Eindruck, daß die kraftvollen Askanier-Markgrafen der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts, also Albrecht II. und seine Söhne Johann I. und Otto III., bemüht gewesen sind, Mitspracherechte der bevölkerungsreicher werdenden Teillandschaften nicht zu provozieren. Dabei dürfte mit Sicherheit eine Rolle gespielt haben, daß während der Zeit der Minderjährigkeit der Markgrafenbrüder (1220 bis ca. 1227) die Markgrafenwitwe nolens volens dem Einfluß und den Ansprüchen edelfreier Ratgeber und mächtiger Ministerialen ausgesetzt gewesen ist, mit der Folge einer zeitweiligen Schwächung des Prestiges der Askanier. Man möchte meinen, daß 1258, bei der Teilung der Markgrafschaften zu Lebzeiten der beiden alten Mark-

⁹ *Krabbo-Winter*, Reg. Nr. 398. – *Johannes Schultze*, Caput marchionatus Brandenburgensis, in: *ders.*, Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte (Berlin 1964) 156 ff.; im folgenden zitiert: *Schultze*, Forschungen.

¹⁰ Ein fast komplettes Verzeichnis der einflußreichen Vertreter und der befreundeten Nachbarn der brandenburgisch-askanischen Landesteile im Westen: *Krabbo-Winter*, Reg. Nr. 491, vgl. Nr. 495 f. – Zur Sache zuletzt: *Johannes Schultze*, Lehnrecht und Erbrecht in der brandenburgischen Territorialpolitik, in: *ders.*, Forschungen (wie Anm. 9) 121–125 (mit ält. Lit.).

grafenbrüder, ständische Vertreter in Erscheinung getreten sein müßten. Doch die Quellen berichten lediglich von einem stärkeren Aufgebot der Geistlichkeit, angeführt von dem Bischof von Kulm und Brüdern der märkischen Dominikanerprovinz. Aber 1268 bei der Teilung des Bautzener Landes, eines sekundären Territoriums der Markgrafen, verfährt Markgraf Otto V. „nach Rat seiner Getreuen“ (de fidelium nostrorum consilio). Hier, in der Nähe Böhmens und Niederschlesiens, war die Position des oberlausitzischen Adels mehr als ein halbes Jahrhundert nach den Anfängen der deutschrechtlichen Herrschaftsbildung bereits so stark, daß er – wie wir annehmen müssen – sein Mitspracherecht gegenüber einem auswärtigen Fürsten durchsetzen konnte¹¹. Die erfolgreiche Siedlung und Herrschaftsbildung ließ Mitwirkungsrechte in allgemeineren Landesangelegenheiten entstehen. Da Brandenburg und die askanisch beherrschten Lausitzen zu den am dichtesten besetzten Adelslandschaften zählten, mußten notwendigerweise Vertretungssysteme gefunden werden.

In der Literatur wird die Zeit der Bedeverträge als Beginn erster ständischer Mitsprache bezeichnet. Sofern damit weitläufige Verhandlungen mit den Vertretern (Adel, Lehnsmänner, sonstige „Freie“) der zu Besteuernden gemeint sind, ist das zutreffend. Auch in den Nachbarterritorien, zum Beispiel in Mecklenburg-Werle (1276), in der Grafschaft Schwerin (1278) oder in Pommern (1280), kam es damals zu ähnlichen Verhandlungen. Hier liegt also ein Datum von überregionaler Bedeutung vor. Absprachen der Landesherrn und der Vertreter der „Lande“ sind anzunehmen. Erstmals wird ein Widerstandsrecht der Stände erwähnt. Bedeutsam ist für die Mark Brandenburg eine Urkunde aus dem Jahre 1282, in der bereits eine gewisse ständische Verfassung mit jeweils zwei von den drei hauptbeteiligten Gruppen zu wählenden Vertretern bezeugt ist¹². Überhaupt treten nun, mit der Konsolidierung der Markgrafschaft einerseits und mit den wachsenden materiellen Ansprüchen der rastlos politisch-militärisch tätigen Markgrafen andererseits, Räte (consiliarii) als ständische Vertreter und als Markgrafenberater in das Blickfeld. Von ihnen, die in einer flexiblen Form mit dem Landesherrn verbunden waren, sind zu scheiden jene Räte, die unmittelbar und ständig dem Markgrafen zu Diensten zu sein hatten. Doch ist es wahrscheinlich, daß bereits damals die Inhaber bestimmter Hof- oder Lokalämter zugleich regionalständische Positionen vertreten konnten. Man kennt das auch aus der jüngeren Verfassungsgeschichte Brandenburg-Preußens. Es entspricht modernem Denken, wenn man für diese Zeit den Begriff des „Rates“ eng und ausschließlich auf eine Amtsstellung bezieht und insofern jüngere Ressortvorstellungen in die Geschichte einbringt. Jeden-

¹¹ 1268: *Krabbo-Winter*, Reg. Nr. 954, vgl. Nr. 1018 (1272). – Die Teilung von 1258/60: Nr. 824, 858. – Mit den böhmischen „Ständen“ hatte Markgraf Otto V. als Vormund Wenzels von Böhmen zahlreiche Begegnungen, die sich auf die Mark wohl nicht ausgewirkt haben: Nr. 1324.

¹² *Krabbo-Winter*, Reg. Nr. 1282, 1284; vgl. auch Nr. 1204, 1223, 1253, 1263 f. – *Spangenberg*, Hof- und Zentralverwaltung (wie Anm. 1) 339 ff. – *Johannes Schultze*, Die Mark Brandenburg, Bd. 1 (Berlin 1961) 206 ff. – Auf den frühständischen Versammlungen und Spezialtreffen, von denen uns offensichtlich nur ein Bruchteil überliefert ist, erscheinen die ständischen Vertreter bereits in ihrer wichtigsten Funktion: als Landes-Finanz-Treuhänder, als Gegengewichte gegen die Vögte und die bewaffneten Landreiter (bedelli), die regelmäßig und rigoros die Steuern einzutreiben suchten. Bezeichnenderweise kommen die Klagen aus den geistlichen Territorien, die dieses Gegengewicht nicht oder nicht in gleichem Maße mobilisieren konnten.

falls gab es insgesamt eine erhebliche Zahl von landgesessenen Ratgebern der Markgrafen, die beim Umritt des Fürsten verfügbar sein mußten, die autorisiert waren, den Forderungen ihres Gebietes Gehör zu verschaffen, und die im Zuge dieses gesamten Aufgabenbereiches zwischen Burgresidenzen und Heimatlandschaften hin und her reisten. Ob sie Entgelt erhielten, ist unbekannt. Sicher werden sie Kostenerstattung bekommen haben, möglicherweise durch Umlagen in der jeweiligen terra. Auch an eine gemischte Finanzierung durch Land und Herrschaft ließe sich denken. Auf den „Hoftagen“ oder Fürstentagen (Rostock) trafen sich dann diese regionalständischen Ratgeber mit dem Markgrafen, mit seinen Kanzleikräften, den Inhabern der Hofämter und mit kleineren dynastischen Herren, die die Markgrafen mit Hilfe lehnrechtlicher oder politisch-finanzieller Bindungen immer wieder an sich gezogen haben. Ein solcher Hoftag könnte schon nach der Verhandlungsmaterie wie die Tagfahrt der späteren „Großen Ausschüsse“ des 16. oder 17. Jahrhunderts ausgesehen haben.

Nach dem Aussterben der Askanier 1319 haben ständische Vertreter in den einzelnen Landesteilen und neben dem erst einmal nicht regierungsfähigen wittelsbachischen Markgrafen Ludwig (1323–1327) eine dominierende Rolle gespielt¹³. Doch ist dies eine gleichsam atypische Situation gewesen. Auch die Vereinigungen und Bündnisse der Städte¹⁴ zu wechselseitigem Schutz vor der Mitte des Jahrhunderts gehören in den weiteren Zusammenhang ständischer Absicherungen. Dies alles berührt noch nicht die Landesverfassung selbst, obschon die Vorgänge sicher für die Herausbildung eines Bewußtseins der Geschlossenheit in dem in sich dreigeteilten Territorium und eines Bewußtseins allgemeiner Landesverantwortlichkeit von Bedeutung gewesen sind. Wir sind nicht darüber unterrichtet, wie damals die „Steuerverfassung“ auf dem platten Land funktionierte. Bis zum Beweis des Gegenteils nehme ich eine Mischverfassung an, nach der bei der Quotierung und Eintreibung bereits Vögte, Landreiter und Adlige mit quasi-ständischem Mandat sowie diverse Ortsobrigkeiten zusammenwirkten. 1345, nachdem Markgraf Ludwig der Ältere eine Münzreform vorgeschlagen hatte, versammelte sich eine echte ständische Opposition in Berlin in Form eines

¹³ Die Zeit der Vormundschaften über Markgraf Ludwig d. Ä. kann als eine frühe Form von Ständeherrschaft im Sinne eines Konsortiums der politisch potenten Kräfte gedeutet werden, vgl. auch *Johannes Schultze*, *Die Mark Brandenburg*, Bd. 2 (Berlin 1961) 25 ff.; im folgenden zitiert: *Schultze*, *Mark Brandenburg*, Bd. 2.

¹⁴ Unmittelbar nach dem Tode des Markgrafen Woldemar (August 1319) waren die „ständischen“ Kräfte des Landes zur Selbsthilfe aufgerufen, insbesondere die Städte, vgl. *Krabbo-Winter*, Reg. Nr. 2877, 2888. – 1323 wird im Dezember der Berliner Bund geschlossen, der erstmals eine eindeutige Tendenz gegen Fürsten und große Herren (aliquis princeps vel potens dominus: *Codex diplomaticus Brandenburgensis* (CDB), hrsg. von *Adolph Friedrich Riedel*, A 3, S. 361 f., A 15, S. 76) erkennen läßt, sofern diese (in erster Linie die Vormünder des jungen Markgrafen Ludwig) die Freiheiten der mittelmärkischen und niederlausitzischen Städte verletzen würden. Denn Gefahr war im Verzug. Im Sommer des gleichen höchst unruhigen Jahres 1323 suchte König Ludwig in der Frage der Magdeburger Lehnsherrschaft über altbrandenburgische Gebiete (seit 1196) den Erzbischof mit Ungestüm davon abzuhalten, Beratung mit dem Domkapitel und seinen weltlichen Getreuen (cum capitulo et aliis fidelibus) zu pflegen. Der Erzbischof war schon 1292 im Hinblick auf außerordentliche Steuern, die dem Territorium erträglich sein mußten, an Rat und Zustimmung des Kapitels und der Bürgerschaft (!) gebunden worden. Der Kampf um die Herrschaft in Brandenburg provozierte mithin ständische Mitwirkungen auf vielen Ebenen und an zahlreichen Orten.

„Landtags“. Hier waren nun, offenbar erstmals seit den Bedeverträgen, der Adel und die Städte fast aller brandenburgischen Landesteile, dazu die hohe Geistlichkeit auch der Landesbistümer vertreten. Der Markgraf bediente sich als Helfer des freiedlen und fürstengleichen Grafen Ulrich von Lindow-Ruppin und des mächtigen Herrn Hasso von Wedel aus der Neumark. Die Stände erzwangen die Rücknahme des Münzprojektes und verschworen sich zur wechselseitigen Hilfe gegen den Landesherrn: „Weret ok, dat mannen und steden eningerley unrecht upgeleget werde, so wolde wi Gott und unsen heren to hülpe nehmen, dat wi bi rechte bleven.“¹⁵ Im Ergebnis der Verhandlungen wurde ein Zentralausschuß gebildet mit je zwei Vertretern des Adels und der Städte aller Landschaften, um die Rechte des Landes auf die Dauer vor Übergriffen des Markgrafen oder seiner Beamten zu bewahren. Man darf nicht vergessen, daß in der Wittelsbacherzeit die „bösen Leute“, das heißt die landfremden Ratgeber ein besonderes Ärgernis für die ständischen Vertreter gewesen sind. Dieser Affekt trat den Markgrafen fremder Häuser bis 1415 und auch noch danach regelmäßig entgegen. Insgesamt hatte Markgraf Ludwig der Ältere durch die Berliner Ständeversammlung von 1345 erheblich an Boden verloren, den er auch dann nicht wiedergewann, als er 1346 wenigstens in der Residenz Berlin die Herrschaftsrechte mit einigem Erfolg festigte¹⁶. Die folgende Zeit, aus der nur wenige Nachrichten über Ständeversammlungen überliefert sind¹⁷, war nicht dazu angetan, den Mitherrschaftsansprüchen der existenten Stände den Weg zu verlegen; denn bei Abwesenheit der Wittelsbacher, beispielsweise Ludwigs des Römers, sah sich der Markgraf genötigt, auf die reale Macht im Lande zurückzugreifen, die großen Adligen mit ihren bereits mit Burgen und festen Orten ausgebauten Grenzlandherrschaften¹⁸. 1354 wurde Hasso von Wedel (auf Falkenburg) zum Vogt und Landeshauptmann aller Lande und Städte östlich von der Oder bestellt, – eine Art neumärkischer Subregent. Aber bezeichnenderweise erhielt er sogleich einen ständisch proportional gebildeten Rat (consilarii) zugeordnet, der sich aus den Herren Heinrich von Wedel d. Ä., Betekin von der Osten, Heinrich von Uchtenhagen und Otto von Mörner sowie vier Ratsherren aus Landsberg, Friedeberg,

¹⁵ 1345: CDB C 1, S. 22–25. – *Schultze*, Mark Brandenburg, Bd. 2 (wie Anm. 13) 67 f. – Der Landtag bezeugt das fortdauernde und wiederhergestellte Einheitsbewußtsein der Brandenburger Landeseinwohner im Dialog und in der Konfrontation mit dem Landesfürsten. Freilich war dies ein Sonderfall, die Kulmination eines lange schwärenden Konfliktes mit deutlicher Spitze gegen die Fremden aus Süddeutschland. Doch an einem Brandenburg-Bewußtsein wird man schwerlich zweifeln können, auch wenn die Mark überwiegend nichts anderes war als die Summe ihrer Teilbezirke, überwölbt von den Gesamtrechten und Aufgaben der jeweiligen Dynastie. Dementsprechend mußte die ständische Entwicklung verlaufen. Wer die „Zersplitterung“ beklagt (z. B. Hans Spangenberg), denkt zu modern. Das noch lange fortbestehende dezentralisierte Verwaltungssystem war der enormen Ausdehnung der Mark, der Leistungsfähigkeit der Bewohner und den Ressourcen angemessen.

¹⁶ *Eckhard Müller-Mertens*, Die Unterwerfung Berlins und die Haltung der märkischen Städte im wittelsbachisch-luxemburgischen Thronstreit, in: *ZfG* 8 (1960) 78 ff.

¹⁷ Ständeversammlungen im 14. Jahrhundert: Verhandlungen mit den Ständen 1349 (Spandau), 1353 (Neumark), vgl. *Schultze*, Mark Brandenburg, Bd. 2 (wie Anm. 13) 92, 118. – CDB A 18, S. 19 f.; CDB Suppl.-Bd. 24 f.

¹⁸ Vgl. *Helga Cramer*, Die Herren von Wedel im Lande über der Oder. Besitz- und Herrschaftsbildung bis 1402, in: *JGMOD* 18 (1969) 63–129; im folgenden zitiert: *Cramer*, Herren von Wedel.

Königsberg und Arnswalde zusammensetzte. Die Wedel mit ihrer Klientel regierten fast unumschränkt die gefährdete Neumark, aber sie übten ihr Amt als Exponenten der wachsamten Stände des Landes aus. Ähnlich verlief die Entwicklung, als Hasso von Wedel dann 1355 zum Hofmeister des Markgrafen in allen seinen brandenburgischen Herrschaften erhoben worden ist¹⁹. Das Wort „Premierminister“ ist hier fehl am Platz; denn Ritterschaft und Städte hatten sich nun längst in allen wesentlichen Fragen Zustimmungsrechte erarbeitet.

Aufschlußreich für das Gebaren der Stände ist die Zeit von 1363 bis 1378, als Karl IV. sich mit der ihm eigenen Mischung von diplomatischem Raffinement, kühler Brutalität und tückischer Vertragskunst der Mark bemächtigte. Die Quellen fließen spärlich, aber sie zeigen doch hinreichend, wie sich die Stände immer wieder abgesprochen haben gegen den ungeliebten Usurpator, wie sie die Huldigung zu vermeiden suchten, anberaumte Termine für Tagfahrten verstreichen ließen und überhaupt Obstruktion trieben, wo immer das nur möglich zu sein schien. Eindeutig ist der Bericht des Schreibers der Magdeburger Schöppenchronik: „Die Städte und Mannschaft wollten das (die Huldigung) ungern tun. Da sammelte der Kaiser mit Rat unseres Bischofs (scilicet Dietrich Kagelwit) ein kräftig Heer und zog an die Oder. Also brachten sie die Huldigung mit Drohungen und guten Worten zu.“ Bei den Besitzübertragungen seit 1363 und späteren Landesteilungen wirkten die Stände mit, zumal Schuldenprobleme eine Rolle spielten²⁰. Natürlich kann das politische Verhalten der regionalisierten Stände in einer solchen lange andauernden Herrschaftsübertragungskrise unter dem permanenten Druck Karls IV. nicht immer einheitlich sein. Es hat den Anschein, als hätten sich die neumärkischen Stände mit geringerem Widerstand den Herrschaftsansprüchen Karls IV. gefügt als die mittelmärkischen und vor allem die altmärkischen Stände. Je mehr sich dann das Scheitern des Markgrafen Otto, der eine Kreatur des Kaisers war, abzeichnete, desto mehr versteifte sich der Widerwille der Stände bis hin zur offenen Auflehnung. Die „große Bedrängnis“, die für Otto 1368 eingetreten sein soll, muß fast revolutionären Charakter gehabt haben. Mitunter wird von modernistischen Historikern die Auffassung vertreten, daß es im 14. und 15. Jahrhundert nur ein rudimentäres Landesbewußtsein gegeben habe. Tatsächlich aber bestand beides nebeneinander: ein starkes Regionalbewußtsein und ein allgemeines herrschaftspolitisches Landesbewußtsein der Brandenburger. Eine Quelle, die der Zeit von 1368 zugeordnet wird²¹, ist dafür aufschlußreich. Die Stände „seien zusammen gewesen und hätten ihres Herrn und des ganzen Landes Noß betrachtet und gesehen, daß die Lande zum großen Schaden geschieden, zerrissen und verkauft würden. Das dafür erhaltene Geld sei nirgends angelegt nach Rat der Herren und Städte, und man verunrechte das Land. Die Versammlung sei der Überzeugung, daß solches nach Rat und Anweisung der mannigfaltigen Gäste geschehen sei, sie fühle sich daher verpflichtet, ihrem Herrn zu helfen und zu raten, so gut sie es vermöchten. Sie hätten es

¹⁹ Hasso von Wedel als ständisch kontrollierter Landeshauptmann: *Cramer*, Herren von Wedel (wie Anm. 18) 123 f. – *Schultze*, Mark Brandenburg, Bd. 2 (wie Anm. 13) 125.

²⁰ Schuldenprobleme 1363: *Schultze*, Mark Brandenburg, Bd. 2 (wie Anm. 13) 138.

²¹ CDB A 23, S. 45 f. – Hier zitiert nach der Übertragung bei *Schultze*, Mark Brandenburg, Bd. 2 (wie Anm. 13) 146.

lange übersehen und geschwiegen, doch könne es nun nicht länger übersehen werden, aus Besorgnis großen Schadens und aus Furcht vor dem Kaiser, der ihnen seine Briefe sandte.“ Wiederum erscheint 1368 als neuralgischer Punkt die Ignorierung des Indigenats. Die Stände forderten fast ultimativ, daß der Markgraf alle „Gäste“ aus seinem Rate entfernen solle. Der Markgraf habe sich gefälligst nach dem Rate seiner eigenen Herren, Mannen und Städte zu richten sowie – wird diplomatisch hinzugesetzt – nach Rat und Anweisung des Kaisers, denn die Räte müßten ihrem Herrn und dem Lande (!) mit Treue dienen und raten, wie es von Rechts wegen ihre Pflicht sei. Sollte jemand wegen dieser Dinge in Unwillen geraten, so wollen sie ihm helfen, daß er in Gnaden bleibe.

Vieles an diesen Argumentationen wirkt „modern“. Die Stände verlangen und setzen durch, daß die Räte sich gleichsam pflichtgemäß janusköpfig zu verhalten hätten. Sie haben die Interessen von Staat und Dynastie, modern gesprochen, gleichermaßen zu wahren. Tatsächlich wich die Herrschaft vor der geballten Macht der Stände zurück. Seit dem Herbst 1368 verschwinden die „Ausländer“ aus den Urkunden, und märkische Vertreter, wozu auch die Landesbischöfe und die Grafen von Lindow-Ruppin gehörten, nehmen deren Platz ein²². Auch die Städte werden an den Regierungshandlungen paritätisch beteiligt. Dieser Zustand, eingeschlossen eine Landesversammlung im Juli 1370 in Berlin²³, hielt bis 1373 an. Dann folgte die gleichsam atypische und unglückliche Zeit der unmittelbaren Herrschaft des Kaisers in der Mark. Die Stände sahen sich ausgebeutet und an die Wand gedrückt, doch sie kapitulierten tatsächlich nicht. Schon zwei Jahre nach dem Tode des Kaisers war infolge seiner wenig sinnvollen Erbdispositionen ein Zusammenbruch der herrschaftlichen Ordnungen in der Mark eingetreten, zumal Markgraf Siegmund (der spätere König) mit nichtmärkischen Geschlechtern eine Landesregierung versuchte, unter der Unrecht und Raubrittertum allenthalben gediehen. Dies ist gewiß keine Legende, um die recht langsam einsetzenden Verbesserungen in den Zuständen durch die ersten Hohenzollern um so heller strahlen zu lassen. Für unser Problem bestätigt sich der Eindruck, daß es zwischen 1378 und 1412 wiederum und entscheidend die mittelmärkischen, altmärkischen und sekundär auch neumärkischen Stände gewesen sind, die in aller Not versuchten und schließlich ja auch erreichten, Schaden vom Lande abzuwenden. Ständische Vertreter waren es, die bekanntlich zuletzt im Jahre 1412, zwei Jahre nach Tannenberg, den König auf dem Burgberg von Ofen mit aller Energie aufforderten, dem Burggrafen von Nürnberg die Herrschaft in der Mark anzuvertrauen. Hier wirkten geschichtsmächtig die Spitzen der „Stände“, die hohe Geistlichkeit eingeschlos-

²² Verschiedene Formen ständischen Widerstandes: Altmärkische Städte in Münzangelegenheiten 1369 (CDB A 6, S. 409); vgl. auch CDB A 15, S. 170 f. – Am 26. Juni 1369 muß der Markgraf den Ständen der Alt- und Mittelmark (Bischof von Brandenburg, Grafen zu Lindow, vier Städte) zwei Burgen als Sicherheit für eine Bürgschaft überlassen. – Regionalstände lassen sich ihren Besitz garantieren: CDB A 20, S. 238. – Zahlreiche Huldigungen der Regionalstände, z. B. noch 1371 für Herzog Friedrich von Bayern (ca. 1339–1393) mit deutlicher Spitze gegen Karl IV., vgl. hierzu auch die Hinweise bei *Hermann Bier*, Märkische Siegel. T. 1: Die Siegel der Markgrafen und Kurfürsten von Brandenburg. T. 2: Die Siegel der Markgrafen von Brandenburg aus dem Hause Wittelsbach 1323–1373 (Berlin 1933) 108.

²³ CDB A 2, S. 465; A 8, S. 290.

sen, als Quasi-Regentschaft, als Ersatz-Landesherrschaft, in aller Unbeholfenheit freilich. An einem solchen generell positiven, aus der Zeit heraus gewonnenen Urteil über das pragmatische Handeln ständischer Vertreter ändert auch die Tatsache nichts, daß es den Ständen der sogenannten Quitzow-Zeit²⁴ über einen längeren Zeitraum hinweg nicht gelungen ist, dem Lande mehr Sicherheit zu verschaffen. Aus der Sicht der großen Herren heraus mochte das Experiment mit den Quitzows ein dann gescheiterter Versuch gewesen sein, mit kraftvollen und auch rücksichtslosen Persönlichkeiten aus dem potenteren Landesadel übergangsweise eine grobe Ordnung zu bewahren.

Die Einzelheiten ständischer Mitwirkung in der frühen Hohenzollernzeit können hier nur skizziert werden. Es ist darauf zu verweisen, daß weder in sozialgeschichtlicher noch in ständegeschichtlicher Hinsicht ein tieferer Einschnitt zu bemerken ist. Andererseits ist es nicht zu bezweifeln, daß seit 1415/17 stetig eine Wendung zu besseren Zuständen und zu einer höheren Form der Landesverantwortung zu beobachten ist. Die Krise von 1425/26²⁵ und später die Realteilungen zu Gunsten der Söhne Friedrichs I. dürften eine intensivere Landesverwaltung begünstigt haben, zumal diese sich überwiegend im Lande aufgehalten haben, jedoch finanzielle Unterstützungen aus den fränkischen Herrschaften notfalls in Anspruch nehmen konnten. Nur insofern mochte sich die Abhängigkeit von den Ständen etwas gemindert haben. Andererseits führte die etatlose Kreditwirtschaft mit immer erneuten Umschuldungen dazu, daß Fürst und Land Jahr für Jahr um die Quotierungen der „Sondersteuern“ rangen. Die Quellen für diese Vorgänge fließen für das 14. und 15. Jahrhundert recht spärlich. Doch müssen sich die mittelmärkischen Stände spätestens um 1440 bereit gefunden haben, zur Tilgung von Altschulden und für Pfandauslösungen einer jährlich zu erhebenden „Landbede“ zuzustimmen; Formen und Umfang dieser allgemeinen Erhebung blieben wohl stets an die Zustimmung der Stände gebunden. Ein anderes Verfahren wäre angesichts der rasch wechselnden Einkünfte bei den Steuerbelasteten auch schwerlich möglich gewesen. Immerhin behaupteten und erweiterten die Kurfürsten aus dem burggräflichen Hause „ein gewisses selbständiges Steuerrecht“, d.h. die grundsätzliche Alimentation der Landesherrschaft durch die Summe der „Steuern“ und Umlagen ältester, alter und neuer Provenienz²⁶.

²⁴ Zuletzt zusammengefaßt bei *Schultze*, Mark Brandenburg, Bd. 2 (wie Anm. 13) 183 ff.

²⁵ Die Abtretung der Regierung in der Mark durch Friedrich I. zu Gunsten seines Sohnes Johann (Rathenow, 13. Januar 1426) geschah auf einem Sonder-Landtag vor „Prälaten, Mannen und Städten“, vgl. *Adolph Friedrich Riedel*, Die letzten Jahre unmittelbarer Herrschaft des Kurfürsten Friedrich I. über die Mark Brandenburg 1420–1426, in: *Märkische Forschungen* 5 (1857) 276 f. – In Rathenow dürfte Friedrich den Ständen, insbesondere dem Adel militärische Unfähigkeit und Desinteresse an seiner Politik vorgehalten haben, deren Überspanntheiten bereits die Zeitgenossen erkannt haben mochten. Die Ursache der Niederlage vor Vierraden (Uckermark) wurde für würdig befunden, in Lübeck vom Rufus-Chronisten festgehalten zu werden: „Men sprak, hadde er dar (nämlich vor dem belagerten Burgort Vierraden bei Schwedt) lengher bleve, de synen hadden eme verlaten“ (= Chroniken der deutschen Städte, Bd. 28, 223).

²⁶ Die Formen der Besteuerung in der spätmittelalterlichen Mark Brandenburg bedürfen dringend einer speziellen Untersuchung. Vgl. einstweilen *Johannes Schultze*, Die Mark Brandenburg, Bd. 3 (Berlin 1963) 101 f., und *Spangenberg*, Hof- und Zentralverwaltung (wie Anm. 1) 335 ff.,

Auch sonst erforderte das spätmittelalterliche fürstliche Landesregiment mit seiner unverkennbaren Tendenz zu erhöhter innerer und äußerer Landessicherheit Mitwirkung, Kritik und Zuschuß der Stände, deren Prälatenkurie sich jetzt stärker ausbildete. Bei längerer Abwesenheit des Landesherrn (z. B. 1435) wird wie eh und je eine Vormundschaftsregierung eingesetzt, an der die vier Ständegruppen paritätisch mit den Räten beteiligt sind²⁷. Über den fiskalischen Druck, der von der Landesherrschaft ausging, und über sonstige Landesangelegenheiten beriet sich wohl ziemlich regelmäßig die Korporation der altmärkischen Städte²⁸. Noch wurden von Friedrich II. die Stände der Landesteile als Schiedsrichter in Streitfällen mit Vasallen oder bei größeren Grenzkonflikten herangezogen²⁹. Zum Kern der ständischen Rechte gehörte es, über Landesteilungen oder finanziell bedeutsame Akte der brandenburgischen Rekuperationspolitik unterrichtet zu werden. Bei dem Rückkauf der Neumark aus dem Besitz des Deutschen Ordens (1454/55) spielten die Voten der Stände eine wesentliche Rolle. Die Stände des Schivelbeiner Landes baten im Juni 1454 den Kurfürsten, Land und Leute wieder in seinen Schutz zu nehmen, weil es offensichtlich der Orden in seiner Krisenlage nicht mehr vermochte, Raubzüge aus Polen oder Pommern zu ahnden und ständig eine angemessene Zahl von Bewaffneten dort unter dem Vogt zu unterhalten³⁰. Überhaupt läßt sich beobachten, daß die Stände dort an Kontur und Selbstbewußtsein gewannen, wo jahrzehntelange Grenzstreite oder gar schwere Grenzlandverwüstungen geführt wurden und Schutz und Schirm der jeweiligen Landesherrschaft unzulänglich blieben. Die Auseinandersetzungen an den Nordgrenzen der

Fortsetzung Fußnote von Seite 147

372 ff. Außerordentliche „Landesbeden“ (Schatzungen) wurden in den Landesteilen unregelmäßig seit spätestens 1338 (Vogtei Frankfurt) erhoben, seit 1412 verstärkte sich die Tendenz zur Regelmäßigkeit mit jeweiliger ständischer Bewilligung. Die Periodizität in einzelnen Landschaften läßt sich seit 1440/41 belegen.

²⁷ Bei Vormundschafts- und Abwesenheitsregelungen wurden (mußten) vielleicht ständische Vertreter beigezogen (werden): 1420/21, 1435, 1440, 1452 (CDB C 1, S. 307 ff.). Anläßlich der „Ritterfahrt“ des Markgrafen Johann in das Heilige Land wird Parität der vier Ständegruppen praktiziert.

²⁸ 1438 z. B. beraten die altmärkischen Städte über den Druck, der von der Landesherrschaft ausging (CDB A 22, S. 487). Daß man gleichzeitig in Salzwedel oder Stendal mit den führenden Persönlichkeiten des landsässigen Adels über gemeinsame Nöte gesprochen hat, ist anzunehmen.

²⁹ Die Stände der Altmark entscheiden als Schiedsrichter 1455 in einem Streitfall zwischen dem Kurfürsten und einem Vasallen (CDB A 22, S. 474).

³⁰ *Schultze*, Mark Brandenburg, Bd. 3 (wie Anm. 26) 77 f. – Die Position der neumärkischen, vom Grenzburgadel geführten Stände war traditionell stark und bezog sich gleichermaßen auf innere wie äußere Verhältnisse. Ende 1412 wird beiläufig überliefert, daß die neumärkischen Stände auf der Grundlage ihrer Privilegien dem Hochmeister Heinrich von Plauen das Recht verweigern, eine bereits ausgehandelte Verpfändung der Neumark an Polen zu ratifizieren, vgl. *Klaus Neitmann*, Die Staatsverträge des Deutschen Ordens in Preußen 1230–1449 (Köln–Wien 1986) 234, Anm. 279. Es ist keine Frage, daß die neumärkischen Stände (ungeachtet der Soldverträge einzelner Familien) hier insgesamt eine konstruktive Landesschutzpolitik getrieben haben, nachdem sie mit dem Landschacher der Söhne Karls IV. üble Erfahrungen gemacht und sich der Abtrennung der Neumark von der Mittelmark zwischen 1388 und 1402 zu Gunsten einer auswärtigen Macht mit guten Gründen hartnäckig widersetzt hatten. Siehe auch *Schultze*, Mark Brandenburg, Bd. 3 (wie Anm. 26) 194 f.

Mark Brandenburg, wo Raublust und Territorialanspruch merkwürdige Bündnisse eingegangen sind, liefern dafür hinreichende Belege³¹. Jedenfalls waren die Stände endgültig und unvermeidlich zu einer Landeseinrichtung geworden, von deren Verwaltungsarbeit eine wohlberatene Landesherrschaft in diesem Stadium mehr Nutzen als Nachteil zu erwarten hatte. Weder die ersten drei Friedrichs noch Albrecht Achilles haben diese Tatsachen ernsthaft in Frage stellen wollen oder können.

Es war dann 1472 Kurfürst Albrecht Achilles, der – wie schon sein Bruder – für die Finanzierung der Rekuperationspolitik in Richtung Pommern und Krossen einen allgemeinen Landtag einberufen, ja geradezu erzwungen hat. Damit wurde eine neue Seite im Buch der ständischen Entwicklungen aufgeschlagen: die nunmehr häufiger quantitativ-militärisch mobilisierten Stände erscheinen nicht nur als Mitberater, als selbsternannte Mitverantwortliche, sondern auch als mitverwaltende, ja zeitweise erneut im Hintergrund mitregierende Kräfte des Territoriums. Und: dem „Reichstag“ von 1495 gingen, vielleicht sogar paradigmatisch, „Landtage“ eines neuen Typs voraus, auf denen Konsumptionssteuern und neue Kriegssteuern Beschleunigungen im Verstaatungsprozeß ankündigten.

IV. Individuelles und Typisches: Die Stände und der „Fortschritt“

Insgesamt erfüllten die Stände mithin auch in der Phase der Vorstaatlichkeit überwiegend die Aufgabe eines eher „konservativen“ Gegengewichtes, wenn man den Begriff „konservativ“ noch für diese Zeiten und Zustände verwenden will. Der Zustand einer relativen Machtbalance ist nach der einen wie der anderen Seite hin nur selten unterbrochen worden. Auf die Dauer konnte auch in Brandenburg weder gegen die „Stände“ noch gegen die Dynastie Herrschaft ausgeübt werden. Gewiß, die Ständevertreter produzierten sich, das Land und sonst „nichts Neues“. Die tatsächliche Entwicklung präfigurierende Programmschriften gingen nicht von ihnen aus. Es regierte in Zeiten der Vormundschaften oder Fürstenabwesenheit der Pragmatismus des Tages: Ein immer noch fragiler Sozialorganismus – das „Land“ – war abzuschirmen gegen allzu heftige innen- wie außenpolitische Stöße. „Nichts Neues“? An neuem „Neuen“ mangelt es nie, wo der Homo sapiens sich ausbreitet. Eher doch fehlt es an dem gut verwalteten und aufmerksam kontrollierten „Alten“.

Die ständische Interessenwahrung begrenzte also, bei allem Egoismus im einzelnen, die Ausbeutung von Individuen und Gruppen, begrenzte auch die unüberlegte Ausbeutung des Territoriums durch einen Herrscher. „Ausbeutung ist eine Funktion des Menschen“ (Gottfried Benn), – so ist das gelegentlich kühl formuliert worden. Sie ist, kann sein, muß sein (wenn die „Staatsraison“ es zu verlangen scheint) auch eine Funktion des Fürsten. Die Stände wirkten dem entgegen, moderierten, molestierten und

³¹ *Paul Gähtgens*, Die Beziehungen zwischen Brandenburg und Pommern unter Kurfürst Friedrich II. (1437) 1440–1470 (Gießen 1890) 113 ff. – *Gerd Heinrich*, Staatsdienst und Rittergut. Die Geschichte der Familie von Dewitz in Brandenburg, Mecklenburg und Pommern (Bonn 1990) 39–42.

modifizierten. Auch in Brandenburg-Preußen, dessen Aufstieg, so unaufhaltsam er erscheinen mag, durch die bald ruhige, bald unruhige, jedoch stetige Einrede der Stände, aufs Ganze gesehen, gewiß kaum behindert, eher gesellschaftspolitisch humaner gestaltet worden ist.

Die Existenz des Fürsten-Kurfürsten, in seiner besten Kreation der „schlichte Amtmann Gottes auf Erden“³², reichte nicht, ja reichte nie aus für des Landes Wohlfahrt. Der Fürst, das wußte man wohl, blieb potentiell gefährdet – existentiell, erbbiologisch durch die Verinzuchtungen der Dynastien, allgemein mit Ratgebern, durch die Nöte und Anfechtungen, die Irrwege und Überforderungen der Politik. Den Ständen mit ihren wenigen herausragenden Köpfen oblag es, fortan in dem „dominium politicum et regale“³³ regulierend zu wirken, unablässig von Verhandlung zu Verhandlung, eingeschworen auf die politische Abfolge von Einrede, Aufschub und Kompromiß. Die Stände blieben verurteilt zum gewissenhaften Nach-Denken über Geschichte (und ihre Folgen). Janusköpfig verkörperten sie so etwas wie das gute *und* das schlechte Gewissen des Landes, die autokratische Stabilität destabilisierend, die dynastische Instabilität stabilisierend. Der Historiker kann ihnen, als Interessenverband und ihren Vertretungen als Diskussionsforum für die Landeswohlfahrt, das Verständnis, ja behutsame Sympathie in einer Zeit nicht versagen, in der es in vielen historischen Landschaften an qualifizierten Vertretungen fehlt.

³² CDB A 20, Nr. 20.

³³ Vgl. *Helmut G. Koenigsberger*, Formen und Tendenzen des europäischen Ständewesens im 16. und 17. Jahrhundert, in: *Baumgart*, Ständetum (wie Anm. 1) 19 ff. – *Evamaria Engel*, Berlin, Lübeck, Köln – ständische Aktivitäten der Städte. Stand und Ständeversammlung im mittelalterlichen Reich, in: *Der Ost- und Nordseeraum. Politik – Ideologie – Kultur vom 12. bis zum 17. Jahrhundert* (= *Abhdl. z. Handels- u. Sozialgeschichte* 25, Weimar 1986) 159–179.